

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesähre 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 8 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 74.

Freitag, den 27. März 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage!

## Umwälzungen im Detailhandel.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der Syndikus der Braunschweiger Handelskammer Dr. R. Stegemann im neuesten Hefte der hardschen „Zukunft“ einen beachtenswerthen Artikel, der nur den einen, freilich einen Kardinalfehler hat: Stegemann hat nicht die Mourage, die Konsequenz seiner richtigen Ausführungen zu ziehen, sondern macht am Schluß seines Artikels in recht verkehrter Detailhandelsfreundschaft.

Stegemann schildert analog den seiner Zeit Aufsehen erregenden Analysen Matajas die Verdrängung des Detailhändlers sowohl durch die Produzenten selbst wie durch den großen Waarenbazar. „Der Fabrikant sucht durch Geschäftsanzeigen, Musterbücher und Preisverzeichnisse den Konsumenten schon vielfach direkt auf, er schiebt ihm Auswahlendungen ins Haus und läßt wohl auch durch eigene Reisende die Aufträge der Privatkundschaft entgegennehmen, ja er betreibt geradezu selbst Detailhandel, indem er an größeren Plätzen eigene Verkaufsstellen für seine — auch wohl durch Zukäufe ergänzten — Waaren errichtet oder aber geeignete Mittelpersonen mit dem Verkaufe seiner Fabrikate beauftragt.“ Stegemann erweist sich als ein genauer Beobachter, aber nicht nur das, er erkennt auch ganz richtig den Grund dieser Entwicklung: „Der Produzent sucht sogar in besonderen Fällen die Privatkundschaft auf, nicht etwa aus Liebhaberei, sondern aus Noth, weil er in seinen Waaren ersticken müßte, wenn er sich nicht gewaltsam auf eigene Faust Luft machen würde. Er muß seine Maschinen laufen, seine Sämmen stampfen lassen, um jeden Preis, und wenn er sich dadurch bis zum Zusammenbruch erschöpfen sollte, nur um seine Maschine nicht rosten, sein investirtes Kapital sich nicht durch Unthätigkeit selbst verzehren zu sehen. „Absatz“ ist für ihn das Wort, das ihn bis zur Nervosität in Bewegung hält. „Findet er bei dem Großhändler nicht mehr genügenden Absatz, so sucht er den Detailhändler auf, und wenn ihm auch dieser nicht mehr genügt, tritt er mit dem Verbraucher direkt in Verbindung. Diese Abwärtsbewegung wird auf der ganzen Linie befolgt.“ Stegemann schildert im Weiteren die Ausdehnung der großen Waarenhäuser, die in Großstädten domizilirt sind und von dort aus das ganze Land systematisch überziehen.

Wir haben in dieser Beziehung Beispiele genug. Besonders in Berlin ist das System dieser Großmagazine entwickelt: die beiden Etablissements Wertheim und Gerson stehen in Deutschland unerreicht da; ein noch großartigeres Waarenhaus wird jetzt in Berlin gegründet. Die günstigen Betriebsergebnisse dieser Waarenhäuser, sofern sie kapitalträchtig dastehen und kaufmännisch geschickt geleitet sind, zeigen ihre Rentabilität und haben nothwendig die Entziehung von Kunden aus den Detailgeschäften zur Folge. Auch darüber täuscht sich Stegemann nicht; außerdem spielt noch die Ueberfüllung der einzelnen Branchen eine in's Gewicht fallende Rolle, wodurch der auf den einzelnen Verkäufer entfallende Kundentheil im Durchschnitt viel zu klein wird, als daß bei einem den heutigen Verhältnissen entsprechenden Aufschlage für den Geschäftsinhaber eine ausreichende Rente herauskommen würde. „Der allein sich anbietende Ausweg, durch einen höheren Aufschlag dieses Minus auszugleichen, hat auf Seiten der Konsumenten eine in ihrer Wirkung geradezu vernichtende Bewegung gegen den Kleinhandel hervorgerufen.“ Nach diesen Ausführungen sollte jeder logisch denkende Mensch erwarten, Stegemann propheteize dem kleinen Detailhändler den wirtschaftlichen Untergang; aber weit gefehlt, der Sekretär der Braunschweiger Handelskammer bekommt es am Schluß seiner sonst trefflichen Darlegungen fertig, mittelst eines Saltomortale dem Detailhandel eine Zukunft von neuer Blüthe in Aussicht zu stellen: „Diese neue Zeit fordert, daß der Detailhändler dem Konsumenten alles das und noch mehr zu bieten vermag, was dieser ohne große Schwierigkeit für sich direkt von dem Fabrikanten und den großen Waarenhäusern zu beschaffen in der Lage ist.“ Also der Detailhandel, der aus ökonomischen Gründen heutzutage das nicht zu leisten vermag, was der Fabrikant und das Waarenhaus liefert, soll in Zukunft plötzlich ebensoviel, ja noch mehr bieten können wie das viel billiger arbeitende, viel billiger einkaufende, das

Vielsache an Waaren umsehende große Kaufhaus? Diesen Schluß müßte Stegemann nach seinen ganz richtigen Voraussetzungen den Lesern der „Zukunft“ zu. Möglicherweise er unter ihnen Gläubige findet; das Publikum der sozialdemokratischen Presse freilich denkt instinktiv weit logischer als Herr Dr. Stegemann und glaubt einfach nicht an diese logische Feyerrei. Um so mehr Werth legen wir aber auf die scharfe Schilderung der Ueberlegenheit der Waarenhäuser dem Detailhandel gegenüber und auf die Konstatierung der Thatsache, daß der Detailhandel durch die Konkurrenz der Produzenten selbst immer weiter und auf allen Gebieten verdrängt wird.

Diese Ausführungen bestätigen die sozialdemokratische programmatische Anschauung von der Verdrängung der Kleinbetriebe durch das Großkapital. Und eine solche Bestätigung aus dem Munde eines kenntnißreichen Gegners ist uns immer erwünscht.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

So weit muß es erst kommen! In der Disziplinaruntersuchung gegen einen noch unbekanntem Reichsbeamten ist gegen die „Saale-Ztg.“ das Zeugnißzwangsverfahren eingeleitet worden. Da der Chefredakteur Paulus das Zeugniß verweigerte, wurde er in Haft genommen. — Was sagt der Kriegsminister zu diesem konservativen „Fehler“ und zu dem konservativen „Diebe“, der durch die Zeugnißverweigerung des Redakteurs noch gedeckt ist? Es scheint also auch konservative „Diebes- und Fehlerschulen zu geben!

Aus dem Reichstage. Die Herren Abgeordneten scheinen sich diesmal schwer vom Etat trennen zu können. Auch am Dienstag nahm der Rest der dritten Lesung viel mehr Zeit in Anspruch, als erwartet wurde. Zunächst kam der Marin-Etat an die Reihe. Genosse Mehger trug hierbei einige Beschwerden über die Maßregelung Wilhelmshavener Werftarbeiter vor, wozu ihm erst jetzt das Material zur Verfügung gestellt worden war. Die Antwort des Staatssekretärs Hollmann klang entgegenkommend. Vor Allem stellte er die Verbesserung der elenden Trinkwasserhältnisse in Pant und Wilhelmshaven, die Mehger gleichfalls gerügt hatte, in sichere Aussicht. Die Etats des Reichsjustizamtes, des Reichsschatzamt, des Rechnungshofes, des Pensionsfonds, des Reichsinvalidenfonds und der Zölle und Verbrauchssteuern wurden glatt erledigt. Die Diskussion setzte erst wieder beim Etat der Reichspostverwaltung ein. Die Antisemiten hatten hier, um sich ihres Anhangs unter den Postbeamten zu sichern, den Antrag eingebracht, die Schalterstunden für den Sonntag-Nachmittag auf 12—2 Uhr zu verlegen. Eine wirkliche Verbesserung für die Beamten ist das nicht; ihr Sonntag bleibt dann doch zerrissen. Konsequent ist nur der alte Standpunkt unserer Partei, den Singer heute wieder zum Ausdruck brachte, daß der Sonntagsdienst der Postbeamten um 9 Uhr Vormittags zu beenden ist. Der Antrag der Antisemiten wurde abgelehnt. — Beim Etat der Reichseisenbahnen brachte Genosse Bueb Beschwerden über die Eisenbahnzustände in Elsaß-Lothringen und die schlechte Bezahlung der Bahntelegisten vor. Auch tadelte er in scharfen Worten die Verwendung von Lockspizeln zur Entdeckung von Fahrkarten-Unterschleifen. Die Antwort vom Regierungstische klang nicht sehr befriedigend. — Beim Etat des Bankwesens nahmen die Agrarier noch einmal die Gelegenheit wahr, ihr Mithchen an dem ihnen verhassten Reichsbankpräsidenten Koch zu kühlen, doch machte dieser agrarische Kriegstanz keinen besonderen Eindruck auf das Haus. Das war die letzte größere Debatte. Der Rest des Etats wurde debattelos bewilligt und ebenso in dritter Lesung das Anleihegesetz der Regierung angenommen. Dann ging der Reichstag ohne besondere Feierlichkeit in die Osterferien, die sich bis zum 16. April erstrecken.

Die Deutsche Bank, eine der ersten Emissionsbanken, hat für das Geschäftsjahr 1895 eine Dividende von zehn Proz. vertheilt. Die Lantieme an den Aufsichtsrath, der aus 18 Mitgliedern besteht, darunter der weiland freisinnige Reichstagsabg. Schrader, betrug 583523,88 M.; auf den Kopf jedes Aufsichtsrathsmitgliedes entfiel also für die nichts weniger als aufreibende „Thätigkeit“ ein Betrag von 32417 M. Die Lantieme der Direktoren und anderen Beamten betrug 1087269,10 M. Die Hochfinanz kann mit solchen „Entbehrungslohn“ wohl zufrieden sein.

In der Börsengesetzkommission des Reichstages ist Dienstag die Berlesung des vom Abgeordneten Camp verfaßten Berichts beendet und der Bericht genehmigt worden.

Ueber das Margarinegesetz, über den Entwurf gegen den unlauteren Wettbewerb und über die Novelle zum Genossenschaftsgesetz liegen die Berichte vor. Es stehen also nur noch aus, vom Bürgerlichen Gesetzbuch abgesehen, die Novelle zum Zuckersteuergesetz, deren zweite Lesung am 17. April beginnt, und die Vorlage über die Handwerkskammern, deren Berathung von der Kommission bis nach Eingang des v. Berlesch'schen Entwurfs über die Organisation des Handwerks eingestellt ist. Im Uebrigen haben die Spezialkommissionen ihre Aufgaben erledigt.

Die Wirkungen des Menage-Prozesses. Nach der Münchener „Freien Presse“ entzogen infolge des bekannten Menage Prozesses die Militärbehörden sämmtl. Lieferanten die Lieferungen.

Die „Wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages“ (bestehend aus Agrariern) wird nach Schluß der Osterferien einberufen werden um die Konvertierungsfrage zu berathen. Ein Antrag, betreffend die Konvertierung, soll alsdann sofort an den Reichstag gebracht werden.

Zur Affäre Peters. Der Abgeordnete Dr. Arendt theilt in seinem Deutschen Wochenblatte mit, daß der Kolonialdirektor Dr. Kayser jüngst dem Dr. Peters neben Herrn v. Wismann und einer dritten Persönlichkeit zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika vorgeschlagen habe. Schade, daß diese Thatsache nicht schon bei der Debatte im Reichstag bekannt war.

Von einem Deutsch-Afrikaner, der sich im Augenblicke in Berlin aufhält, geht dem Berliner Kurier in der Angelegenheit des Herrn Peters folgende Mittheilung zu:

„Der wahrheitsliebende Dr. Peters schreibt, daß er sich „mit seinem Stabe“ nach Wanga begeben habe, wo er mit seinem englischen Kollegen, dem Vizekonsul Smith, vier Wochen hindurch an der Grenzregulirung des Umbasusjes „gearbeitet“ habe. — Bei den Akten des englischen General-Konsulats in Sanzibar befindet sich ein Brief des Vizekonsuls Smith, in welchem er schreibt: „Ich bin seit 14 Tagen allein mit der Grenzregulirung beschäftigt, da Dr. Peters seit 14 Tagen auf die Jagd gegangen ist“. — Es wird sich ja herausstellen, ob Dr. Peters die Briefe an die Vertreter des Bischofs Luder, an die englischen Missionare Dr. Baster und Reverend Stegall geschrieben hat oder nicht — wir Afrikaner sind der Meinung, daß Dr. Peters sie trotz alledem geschrieben hat. — Was Herr Baron von Ely in der Duna-Zeitung veröffentlicht hat, unterschreiben wir Afrikaner sämtlich. Als Dr. Peters als Reichskommissar mit Majors-Achseln, gelben Kniehiefeln und Sporen ausgerüstet, in Tanga landete, da soll Herr v. Soben, der damalige Gouverneur, sich in die Haare gefahren sein und zu seinen Beamten gesagt haben: „Was fange ich mit dem Peters an?“ Er wollte ihn nicht in Dar-es-Salam haben und hat ihn auch nicht gekattet, nach Sanzibar zu fahren. Er sandte ihn nach dem Kilimandjaro. Das Unheil, das er dort angerichtet, kennt man, und sein Wirken hat uns mehrere tüchtige Offiziere, brave, beliebte Kameraden und auch noch viele Hunderttausende Marck gekostet.“

Zur Charakteristik des Herrn Dr. Peters mag auch noch folgende Anekdote dienen, die wir dem „Reichsblatt“ entnehmen:

Herr Peters besitzt oder besaß noch vor kurzem einen Hund, ein prachtvolles Thier. Zum Entsetzen seiner Mitbewohner peinigete er das Thier in unmenschlicher Weise. Als eines Tages die Teilnehmer an diesem Schauspiel gegen diese Brutalität Einspruch erhoben, antwortete Peters: „Ach was, in Afrika habe ich die Menschen noch ganz anders behandelt, und sie haben mich nicht so geärgert, wie mein Hund.“ Ein kleiner Zug aber charakteristisch für den ganzen Mann.

Im „Deutschen Bund für Sport, Spiel und Turnen“, zu dessen Vorsitzenden Peters sich hat wählen lassen, macht sich ebenfalls jetzt eine sehr gereizte Stimmung gegen ihn geltend. In den Kreisen der Mitglieder zirkulirt, wie ein Berichterstatter meldet, ein Rundschreiben, worin Peters aufgefodert wird, den Bund nicht länger in Mißkredit zu bringen und schleunigst den Vorsitz niederzulegen.

Die Kommission für Arbeiter-Statistik hat nach Abschluß ihrer Erhebungen über die Verhältnisse im Handelsgewerbe ihre Ansicht dahin ausgesprochen, daß eine Einwirkung des Gesetzgebers auf die Dauer der Arbeitszeit auf die Ausbildung der Lehrlinge und die Dauer der Kündigungsfristen dringend geboten und daß diese Einwirkung auch ohne Schädigung des Kaufmannsstandes möglich sei. Außerdem hält die Kommission eine Einschränkung der Konkurrenzklause in den Anstellungsverträgen der Handlungsgehilfen und ein Einschreiten

Er Gesetzgebung hinsichtlich der Arbeitszeit der Geschäftsdienerschaft für erforderlich.

Nach den Beschlüssen des Reichstages sind die Gesamt-Ausgaben im Reichshaushalts-Etat für 1896-1897 auf 1 255 318 264 Mark festgesetzt. Die einmaligen ordentlichen Ausgaben sind um 2 706 629 Mk., der außerordentliche Etat um 1 191 800 Mark gekürzt worden.

Die bayerische Regierung hält an ihrem bisherigen Widerspruch gegen die Zuckersteuervorlage fest.

Die traurige Fuchsmühl Angelegenheit hat noch immer nicht ihren Abschluß gefunden. Wie die „Amb. Volksztg.“ meldet, wird Sonnabend vor dem Landgerichte Weiden gegen Anna Stock und Barbara Vogel von Fuchsmühl wegen der Fuchsmühl Holzgeschichte des vorigen Jahres verhandelt. Die Verhandlung gegen die beiden Angeklagten mußte im vorigen Jahre wegen deren Erkrankung ausgesetzt werden.

In die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch wird, wie der „Hann. Kur.“ erfährt, demnächst Abg. Freiherr v. Stumm eintreten, um seine in der ersten Lesung entwickelten Ansichten über die Erweiterung der Frauenrechte zur Geltung zu bringen.

Der „Reichsanzeiger“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die Nachricht, die neuesten zahlreichen Veränderungen in den höheren Kommandostellen des Heeres würden auf eine neuere Vorschrift zurückgeführt, wonach alle höheren Offiziere, welche bis zu einem bestimmten Lebensalter kein Regiments-, Brigade- oder Divisions-Kommando erhalten haben, verpflichtet seien, ihren Abschied einzureichen, „durchaus auf Erfindung beruht.“

Die Reichstagskommission zur Vorberathung der Anträge der Freisinnigen und Sozialdemokraten, betreffend die Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts, hat vor dem Abschluß der ersten Lesung wichtige Beschlüsse gefaßt. Bezüglich der Ueberwachung bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen. Das Recht zur Auflösung soll die Polizei haben, wenn die Erörterung von Anträgen oder Vorschlägen zugelassen wird, welche eine Auforderung zu strafbaren Handlungen enthalten; ferner wenn in den Versammlungen Bewaffnete erscheinen, deren Entfernung nicht gelingt, oder endlich, wenn die überwachenden Beamten nicht zugelassen werden. Die Zahl der zugelassenen überwachenden Beamten ist nicht beschränkt. Auf Antrag Wassermann wurde beschlossen, daß, wenn sich nach der Auflösung die Anwesenden nicht sofort entfernen, die Polizei die Entfernung gewaltsam vornehmen darf. Auf Antrag Lütgenau entschied sich die Kommission dahin, daß der überwachende Beamte den Grund der Auflösung dem Vorsitzenden anzugeben verpflichtet ist.

Kartell der Spiegelglasfabriken. Unsere Leser erinnern sich der Mittheilungen, die wir nach der „Frankf. Ztg.“ über das Verhalten des Verbandes der deutschen Spiegelglasfabriken gemacht haben. Der Verband, der aus nur sechs Fabriken besteht, hat es in Folge der Zollverhältnisse und der Deklaration der Verzollungsvorschriften möglich gemacht, die Preise außerordentlich hoch zu halten und er geht dabei gegen seine Abnehmer äußerst rigoros vor. Macht eine Firma Gebrauch von ihrem guten Rechte, Glas billiger aus dem Ausland zu beziehen, so sperrt er ihr den ferneren Bezug. In einem Prozeß, der sich vor einer Berliner Strafkammer abspielte, wurde das Verhalten des Spiegelglasringes weiter beleuchtet. Der Ring liefert nämlich in das Ausland bedeutend billiger als in das Inland, d. h., er läßt sich von den deutschen Abnehmern über den Normalpreis bezahlen, räumt aber nicht-deutschen Abnehmern dafür besondere Vortheile ein, was man ja bei uns „nationale Wirtschaftspolitik“ nennt. Ein Agent in London hatte nun zwei Waggon Spiegelglas vom Verband gekauft, sie aber nicht ausgeführt, sondern sie an eine Berliner Firma abgegeben. Diese Firma verdiente dadurch 4000 Mark! Der Verband, der seine Mitglieder gegen eine Konventionalstrafe verpflichtet hat, im Inland an den vereinbarten Preisen festzuhalten, klagte gegen die Berliner Firma und einen mitwirkenden Spediteur wegen Betrugs, das Gericht erkannte jedoch auf Freisprechung. In der Verhandlung wurde behauptet:

„Die Vereinigung der sechs Fabriken „mogeln“ selbst, keine der Fabriken halte die vorgeschriebenen Preise inne, sondern diese würden nur auf dem Papier innegehalten. Wenn alles erledigt sei, schicke die Fabrik ihren Kunden einen Theil seiner Zahlung zurück. Von diesen „geheimen“ Abmachungen könne er viele Beispiele anführen. Aus der Verlesung der Aussagen der kommissarisch vernommenen Zeugen ging hervor, daß die letzte Behauptung des Angeklagten von dem Aufsichtsrath der „Vereinigten Glasfabriken“ bestätigt wurde.“

Die früheren Auslassungen der unabhängigen Presse über diesen Verband erhalten dadurch ihre volle Rechtfertigung. Wir können nur hinzufügen, daß es beschämend für das Deutsche Reich ist, durch seine Zollgesetzgebung derartige Bildungen zu unterstützen und zu ermöglichen, während gleichzeitig Gesetze gegen unlauteren Wettbewerb gemacht werden.

Behlans Eltern, so lesen wir im „Vorwärts“, waren einfache Bauern, die mühsam von dem Ertrage ihrer kleinen Wirthschaft lebten und sich haben sauer genug werden lassen, ihren Herrn Sohn studiren zu lassen. Seine Mutter saß oft genug auf dem Wochenmarkt und hielt ihr Gemüse feil. Später soll Behlan, wie der „Vorwärts“ behauptet, seine Herkunft im Interesse seines Fortkommens möglichst verleugnet haben. Das sieht diesem Helden ähnlich.

## Dänemark.

Konfliktluft? In Dänemark ist wieder ein Budgetkonflikt ausgebrochen. Die erste und die zweite Kammer können sich nicht einigen. Das Folkething hat die Regierung einen Theil der Militärforderungen gestrichen, gegen ihren Widerspruch die Verstaatlichung der Dampferlinie von Esbjerg nach England und die Verpflichtung der offiziellen privilegierten Zeitung Verlinste Tidende zu einer Abgabe aus ihren Einnahmen an den Staat beschlossen. Der Budgetausschuß des Landsting sprach sich in allen Streitpunkten zu Gunsten der Regierung aus und das Plenum will an diesem Standpunkte festhalten. Nach der zweiten Lesung soll dann der Versuch gemacht werden, in einem gemeinsamen Ausschuss beider Kammern eine Einigung zu erzielen. Gelingt dies nicht, so bleibt nur der Erlaß eines provisorischen Finanzgesetzes — nach neunjährigem bewährtem Estrupischen Muster — d. h. also ein Regieren ohne Budget, oder ein zweimonatliches Provisorium übrig.

## Schweden.

Der schwedische Reichstag beschloß am Sonnabend mit 196 gegen 167 Stimmen, den Zoll auf geräuchertes Schweinefleisch von 25 auf 30 Dere, mit 196 gegen 168 Stimmen, den Zoll auf andere Sorten Schweinefleisch von 10 auf 20 Dere pr. Klg. zu erhöhen und mit 234 gegen 132 Stimmen, die jetzigen Getreidezölle beizubehalten. Die Minorität hatte für eine Herabsetzung der Zollsätze gestimmt.

## Italien.

Crispische Wirthschaft. Italienische Zeitungen melden ganz haarsträubende Sachen darüber, wie die Freunde Crispis und dieser selbst gewirthschaftet haben. So meldet der „Messagero“, daß Rudini bei seinem Antritt die geheimen Fonds nicht mehr vorgefunden habe; die Kasse war, trotzdem das Finanzjahr erst am 30. Juni endet, nicht nur schon leer, sondern auch schon mit einem Defizit von 50 000 Lire belastet, die unter der Rubrik: „Uniformen für die Sicherheitswachleute“ gebucht waren. Ein wigiger Abgeordneter soll die Rubrik als falsch bezeichnet haben; es müsse nämlich heißen: „Für Lireen der Crispischen Journalisten.“ Die „Stampa“ von Turin schreibt: „In den letzten Tagen des verfloffenen Ministeriums wurden ganze Kisten voll Alken aus dem Ministerium des Innern und dem des Aeußern hinweggeschafft, aus dem letzteren sogar vier gewaltige Exemplare von Kisten. Darinnen haben sich, wie man sagt, alle Papiere, die über die letzten Monate des Afrikaerrieges Aufschluß geben, befunden, besonders aber fehlen die Alken über die Uebergabe von Matalle. Das neue Ministerium war also gezwungen, sich von Massana eine Copie des Uebergabevertrages zu erbitten. Der „Messagero“ erzählt ferner: „Die Kassen der verschiedenen Ministerien wurden geradezu geplündert; im Ministerium des Aeußern wurden nur 3000 Lire gefunden; im Ministerium des Innern fand sich von der etatsmäßigen Summe von 160 000 Lire „zu wohlthätigen Zwecken“ nichts mehr vor. Einige Minister und Staatssekretäre veranstalteten sogar einen Umzug aus den Amtszimmern zu Gunsten ihrer Privatwohnungen.“ Der „Don Chisciote“, der schon früher gefragt hatte, wo die großen Summen geblieben seien, die einst für die Erbbedingeschädigten in Calabrien gesammelt worden seien, erhält einen Brief, in dem sich ein Wissender darnach erkundigt, wo die Gelder geblieben sind, die zur silbernen Hochzeit des Königs paares für den Zwanzig gesammelt wurden, ein Heim für die Waisen verunglückter Arbeiter zu bauen. Das Heim ist bis jetzt noch nicht gebaut. Die „Unita Cattolica“ von Florenz bringt die Meldung, daß wegen obiger Unregelmäßigkeiten vom neuen Ministerium schon Untersuchungen anbefohlen seien, und knüpft daran die Forderung, daß endlich auch einmal über die Gelder, die zur Entschädigung für die Opfer von Nigues Mortes gezahlt worden sind, öffentlich Rechenschaft abgelegt werde. Die französische Regierung zahlte bekanntlich 42 000 Frs. in Gold, also mit Aufgeld 45 000 Lire; außerdem brachte eine Nationalsubskription 200 000 Lire auf. Bis jetzt weiß man aber noch nichts über die Vertheilung dieser 650 000 Lire. Zum Schluß noch eine Mittheilung des „Secolo“ über den verfloffenen Minister des Aeußeren. „Als Rudini sein voriges Ministerium bildete, wurde Baron Blanc als Gesandter zur Disposition gestellt; kaum aber wurde er unter Crispi Minister des Aeußeren, so reaktivirte er sich selbst mit 12 000 Lire Gehalt. Später befand er sich in Castellamare in der Sommerfrische und berief dorthin amtlich den Gesandten Antonelli. Diese Berufung faßte er als Amtskreis auf, liquidirte daher 14 000 Lire; der Rechnungshof widersprach dem, Blanc ließ mit sich handeln und nahm nur 7000 Lire. Außerdem ließ er die zahlreichen Depeschen, die ihm Nachricht brachten von den Besitzungen seiner Familie in Cuba, als Staatsdepeschen buchen. Kommentar überflüssig.“ So weit der „Secolo“. Von den Panaminoleuten war etwas anderes nicht zu erwarten.

## Amerika.

Washington. Der Senat nahm am Montag ohne Abstimmung einen Antrag Sherman an, dahingehend, den auf Cuba bezüglichen Beschluß an eine gemischte Kommission zu verweisen. Mills brachte einen gemeinschaftlichen Beschlußantrag ein, wodurch der Präsident angewiesen werden soll, Spanien zu eruchen, der Insel Cuba eine lokale Autonomie (Selbstverwaltung) zu geben. Für den Fall, daß Spanien dies Eruchen zurückweise, soll der Präsident ermächtigt sein, Cuba mit Land- und Seetruppen zu diesem Zwecke in Besitz zu nehmen und diese Inbesitznahme so lange aufrecht zu erhalten, bis Cuba eine lokale Autonomie einrichten

kann. Blatt brachte einen Beschlußantrag ein, worin die Hoffnung ausgesprochen wird, der Präsident werde freundschaftlichem Sinne bei Spanien dahin wirken, daß der Insel Cuba eine freie und unabhängige republikanische Regierung gesichert werde.

Von den cubanischen Wirren. New York. Ein Telegramm aus Havana zufolge wurden Dienstag Mittag in einer Zuckerrohrplantage in der Nähe von Esperanza zwischen zwei Abtheilungen von Spaniern unter dem General Gody und dem Oberst Polquin, welche einander für Aufständische hielten, Schüsse gewechselt. Oberlieutenant Juenmajor und 16 Mann wurden getödtet, 5 Offiziere und 84 Mann verwundet. Dies ist der zweitberartige Fall in den letzten drei Wochen.

Havana. Es stellt sich heraus, daß das von den Spaniern als großer Sieg gemeldete jüngste Gefecht bei Candelaria thatsächlich eine empfindliche Niederlage der Spanier war. Der Verlust an Todten und Verwundeten der Spanier bezifferte sich auf mehr als 500. Der Verlust der Insurgenten betrug nur die Hälfte.

## Lüben und Nachbargebiete.

27. März.

Die Furcht der bürgerlichen Gesellschaft vor der Sozialdemokratie und der Haß gegen ihre Führer kommen in allen Handlungen der Ersteren zum Ausdruck, namentlich ist es aber die Presse, welche in allen Tonarten ihre Entrüstung Ausdruck giebt. Auch die „Lübeckische Anzeiger“ machen in einer Betrachtung über die Thätigkeit des Reichstages ihrem bebrängten Herzen Luft. Nachdem hervorgehoben ist, daß der Reichstag von Dezember bis März nur ein gutes Duzend beschlußfähige Häuser aufzuweisen gehabt habe, — übrigens kein schönes Zeugniß für den deutschen Reichstag — wird der häufige Beschlunsunfähigkeit die Schuld daran zugeschoben, daß die Sozialdemokraten sich zu Führern der Diskussion aufwerfen und jeden Versuch, ihren Redefluß zu hemmen mit einem Auszählungsantrag beantworten können. Am liebsten wäre es wohl den „L. A.“, wenn man der Sozialdemokraten im Reichstage überhaupt das Wort abschneiden könnte. Die sozialdemokratischen „Redebluthe“ sind es denn auch hauptsächlich, die es den „L. A.“ angethan haben und in erster Linie die Neben-Beibels beim Militäretat und beim Kolonialetat. Wir glauben gern, daß es den „L. A.“ recht unangenehm ist, daß Beibels das Gebahren des Putverringes gegenüber dem Staat beim Militäretat ans Licht zog, und wenn er den vor den „Lübeckischen Anzeiger“ seiner Zeit in den Himmel gehobenen Dr. Peters als den kennzeichnete, der er ist. Zum Schluß wird dann noch in den „L. A.“ die Besorgniß ausgesprochen, daß gegen die Zuckersteuervorlage, in der bald erfolgenden Plenarberatung vor links eine schonungslose Obstruktionspolitik gemacht werden wird. Die „L. A.“ scheinen also selbst in das Gelingen des erneuten Raubzuges auf die Taschen der Konsumenten zu Gunsten der „Nothleidenden“ nicht allzugroße Hoffnung zu setzen. Daß es namentlich unsere Genossen sind, die dieser Gesellschaft im Magen liegen, das glauben wir wohl. Uns aber frent es.

Das schwedisch-norwegische General-Konsulat wird bis zur endgültigen Wiederbesetzung von dem schwedisch-norwegischen Vize-Konsul Herm. Warncke interimistisch verwaltet werden.

Zwangsversteigerungen. In dem gestern beim hiesigen Amtsgericht abgehaltenen Zwangsversteigerungstermin wurden aufgeboten: 1) Das H. F. Th. Bandholdt gehörende Grundstück Högstraße 110, welches zu 25 000 Mk. eingesezt und für 44 000 Mk. der Hansabrauerei zu geschlagen wurde. Das Grundstück war mit 74 000 Mk. beschwert; 2) das den Eheleuten C. Tosseleit gehörende in Mo.sling belegene Grundstück, beschwert mit 1080 Mk. Das Grundstück wurde zu 180 Mk. eingesezt und für 500 Mk. dem Pfandgläubiger H. F. Tegtmeyer in Mo.sling zuge schlagen.

Der neue Marktstandgebtarif für die städtische Markthalle, den der Senat im Einvernehmen mit den Bürgerausschuß beschlossen hat, stellt sich wie folgt: Das Standgeld beträgt für einen Verkaufsstand für das Quadratmeter und den Tag: a) von festen Ständen für Fleisch, Fleischwaaren und Käse bei monatlicher Vermietung 25 Pf., bei täglicher Vermietung 50 Pf.; b) von festen Ständen mit laufendem Wasser für Fische bei monatlicher Vermietung 20 Pf., bei täglicher Vermietung 40 Pf.; c) von festen Ständen für sonstige Verkaufsgegenstände bei monatlicher Vermietung 15 Pf., bei täglicher Vermietung 30 Pf.; d) von freien Ständen bei monatlicher Vermietung 10 Pf., bei täglicher Vermietung 20 Pf. Die monatliche Vermietung geschieht für den Kalendermonat, wobei nur 25 Tage gerechnet werden. Bei Berechnung des Standgeldes für tägliche Vermietung wird für angefangene Quadratmeter bis zu  $\frac{1}{10}$  nichts, für  $\frac{1}{10}$  bis  $\frac{7}{10}$  die Hälfte und für mehr als  $\frac{7}{10}$  der volle Betrag für ein Quadratmeter erhoben. Bei monatlicher Vermietung wird das Standgeld für angefangene Quadratmeter nach Zehnteln eines solchen berechnet. — Dieser Tarif tritt am 1. April d. Js. in Kraft.

Altenvernichtung. Der Präsident des hiesigen Landgerichts sowie der Erste Staatsanwalt erlassen folgende Bekanntmachung. In Gemäßheit der bestehenden Vorschriften sollen demnächst folgende gerichtliche Akten vernichtet werden: 1) Aus der Zeit vor 1855 die Civilprozeßakten über Grundeigenthum, Grundgerechtigkeiten, Realakten, Familienrechte; 2) Aus der Zeit vor 1865: a) die übrigen Civilprozeßakten; b) die Akten über Aufgebotsverfahren; c) die Akten über Strafe lautenden Urtheile und die Strafvollstreckung Verhandlungen über Verbrechen und Vergehen; 3) Aus der Zeit vor 1885: a) die Akten über Konkursverfahren; b) die Akten über Zwangsvollstreckungen in das unbewegliche Vermögen; c) die Akten über Sicherung des Beweises; d) die ohne Endurtheil erledigte Civilprozeßakten, mit Ausnahme der unter 1) bezeichneten Akten sowie der Akten über Ehe- und Entmündigungssachen; e) die Strafprozeßakten über Verbrechen und Vergehen, mit Ausnahme der auf Strafe lautenden Urtheile und der Strafvollstreckung verhandlungen; 4) Aus der Zeit vor 1890: a) die Akten, in denen die vollstreckbare Ausfertigung von Urkunden verfügt ist, welche sich nicht in gerichtlicher Verwahrung befinden; b) die Sühneregister mit den darin bezeichneten Akten; c) die Mahnregister mit den darin bezeichneten Akten; d) die Civilprozeßakten des Amtsgerichts soweit sie nicht unter 1) bis 3) fallen; e) die Akten über Sühn-





## Zerbrödelung der Kirchengemeinschaften.

Die Zeichen mehren sich, daß die Tage der christlichen Kirchengemeinschaften gezählt sind. Die Feinde der Sozialdemokratie behaupten bekanntlich immer sehr mit Unrecht, daß wir Sozialdemokraten uns die größte Mühe geben, die Religion aus dem Herzen des Volkes zu reißen. Uns aber fällt das gar nicht ein. Wir haben anderes zu thun, und wir achten die Gedanken- und Glaubensfreiheit aller unserer Mitmenschen viel zu hoch. Wir vertrauen auf die Macht fortschreitenden Wissens und Erkennens viel zu sehr, als daß wir uns in religiösen Meinungsstreit und kirchliche Glaubenszänkereien mischen würden.

Statt dessen ziehen heutzutage die Frommen selbst gegen die Kirchengemeinschaften zu Felde. Meistens natürlich die Anhänger der einen gegen die der andern. Daneben treten in neuester Zeit aber auch große Kirchenlichter auf und erklären öffentlich und vor allem Volke ihre eigene Kirchengemeinschaft als dem Untergange rettungslos verfallen.

Wir wollen unseren Lesern mit ein paar erbaulichen Beispielen solcher Art aufwarten, die aus neuester Zeit stammen.

In einer Versammlung des Evangelischen Bundes, die vor kurzem in Breslau stattgefunden hat, hielt ein hochangesehener protestantischer Geistlicher, Pastor Meyer, unter dem Vorhinein eines hervorragenden Rechtsgelehrten einen Vortrag über die Geschichte des Kirchenstaates, in welchem er den Beweis erbrachte, daß das weltliche Kirchenregiment den Völkern keinen Nutzen, wohl aber furchtbaren Schaden gebracht habe.

Zuvörderst, sagte der Herr Pastor, sei es zum Lachen, wenn die Katholiken sagen, Gott habe dem Papst den Kirchenstaat gegeben. Kaiser Konstantin habe dem Bischof von Rom Nahrungen aus seinen Domänen und ein Hoheitsrecht eingeräumt. Die späteren römischen Bischöfe hätten es verstanden, ihre Rechte weiter auszudehnen. Pipin der Kleine habe dem Papst einen Ländertheil in Aussicht gestellt, zu einer Schenkung sei es aber nie gekommen. Karl der Große nur habe die dem Papste von Konstantin gewährten Hoheitsrechte auf einige italienische Städte ausgedehnt. Bis 800 habe es noch keinen Kirchenstaat gegeben. Plötzlich sah das Konkordat zu Worms 1122 den Papst als souveränen Herrn, auf einmal trug er die Doppelkrone der geistlichen und weltlichen Macht. Im Kirchenstaat selbst hätte es von 1122 bis 1870, also während der ganzen Dauer der weltlichen Herrschaft der Päpste, böse ausgesehen. Räuber und Banditen trieben allezeit ihr Unwesen. Manche Päpste hätten sich Mühe gegeben, Abhilfe zu schaffen, doch konnten sie nichts bessern. Ein Papst, Hadrian VI., hätte es selbst ausgesprochen, daß die weltliche Macht des Papstthums ein Uebel für die Kirche sei. Die katholische Kirche könne nicht stolz sein auf ihre weltliche Macht, denn die Päpste hätten oft zu Mitteln gegriffen, die ihrer Würde als Stellvertreter Christi nicht würdig gewesen seien.

Anarchie und Bürgerkrieg durchwühlten den ganzen

Staat jahrhundertlang, am traurigsten Rom selbst. Neben wenigen gewissenhaften „Statthaltern Christi“ (Nikolaus V.) herrschte eine Reihe grausamer und prunksüchtiger Päpste, deren schrecklichster Alexander VI., dessen Regierung Günstlingswirtschaft und Gift berüchtigt gemacht haben, und Sixtus V. sind, unter welcher letzterem „mehr Hinrichtungen als Melonen am Markt“ vorkamen. Bann und Interdikt bezeichnen die Herrschaft des Papstthums, die Tortur duldete es bis ins 19. Jahrhundert.

Für die Schandthaten des Kirchenstaates seien außer den Päpsten die Beamten verantwortlich zu machen; die Kardinäle und Priester seien die Auskenter der Untertanen gewesen. Unter Clemens XIII. seien 12000 Morde und Todtschläge vorgekommen. Für Handel, Industrie, Handwerk, Kunst und Wissenschaft habe der Kirchenstaat nichts gethan, derselbe habe überhaupt nicht einmal die bescheidensten Anforderungen erfüllt, die man an ein Staatswesen stellt.

Durch die Vernichtung des Kirchenstaates im Jahre 1870 habe Italien seine Selbstständigkeit wieder erlangt und werde sie hoffentlich behalten, denn der Kirchenstaat werde hoffentlich nie wieder ins Dasein treten.

Natürlich zeternten und fluchten die Ultramontanen über solche angeblich „tausendmal widerlegten Geschichtslügen“. — In Wahrheit sollte es heißen: tausendmal wieder abgelegneten Geschichtswahrheiten. — Die Raben Roms bezeichnen dergleichen Vorträge protestantischer Geistlicher als „mißglückte Versuche, die Aufmerksamkeit des Volkes von dem Zusammenbruch des Protestantismus abzulenken.“

Gistig weisen sie auf die „sozialdemokratischen Pastoren“, wie Naumann, Köhlsche, Wittenberg, Göhre usw. hin und auf die klägliche Haltung des evangelischen Oberkirchenraths gegenüber den evangelisch-sozialen und allen sonstigen sozialpolitischen und -reformatrischen Bestrebungen.

Die Ultramontanen könnten aber den Protestantismus sehr leicht viel schlimmer verwunden, wenn sie nicht fürchteten, daß jeder ernstliche Schlag, den sie gegen ihn führen, auch für sie selbst verhängnißvoll werden möchte.

Es giebt z. B. ein Werk — und in katholischen Schriftstellerkreisen ist es wohl bekannt —, welches mit dem Protestantismus unerbittlich ins Gericht geht und gewissermaßen sein Todesurtheil enthält. Dasselbe führt den Titel: „Occident und Orient“ und stammt aus der Feder des ehemaligen Hospredigers, Doktor der Theologie Ehr. Hoffmann in Stuttgart.

Die ultramontanen Herren hüten sich, von dem Buche dieses hochgestellten protestantischen Geistlichen viel Wesens zu machen, obgleich sie ihm für den von ihnen gleichfalls behaupteten Zusammenbruch des Protestantismus die wichtigsten und unwiderleglichsten Gründe entnehmen könnten.

Hosprediger Hoffmann schreibt in diesem Werke auf Seite 266 und 268:

Ungeachtet der „Gunst äußerer Verhältnisse“ ist die Auflösung des kirchlichen Protestantismus nur eine Frage der Zeit, und zwar, da sie geistig schon begonnen hat, einer nicht sehr langen Zeit. . . . Das hindert nicht.

daß die geistige Schwäche, an welcher das protestantische Kirchenthum leidet, ihre Früchte tragen muß. . . . Da die protestantische Kirchenbildung als ungenügend für die Bedürfnisse der Völker und der Menschen thatsächlich erwiesen ist, da in der That niemand mehr mit derselben zufrieden ist, sondern alle Protestanten, die sich überhaupt um kirchliche Dinge bekümmern, gründliche Veränderungen als nothwendig erkennen, nur daß die eine Partei rückwärts gehen und durch Symbolzwang oder durch Ritualismus eine verschwundene Kirchenherrlichkeit wieder herstellen will, während die andere ein Vorwärtsgen in der Richtung auf Lehrefreiheit und Lockerung der kirchlichen Bande verlangt, so kann auch beim besten Willen keine Staatsgewalt das protestantische Kirchenthum auf die Länge aufrecht erhalten. . . . Thatsache ist, daß das protestantische Kirchenwesen die bei der Reformation geweckten Hoffnungen auf die Verwirklichung eines wahrhaft christlichen Zustandes keineswegs erfüllt hat. . . . Die Geschichte und der jetzige Zustand der protestantischen Kirche führt also mit logischer Nothwendigkeit zur Auflösung derselben und scheint den Beweis zu liefern, daß in der That keine andere Wahl bleibe, als entweder sich Rom zu unterwerfen oder das Christenthum aufzugeben.“

Wir Sozialdemokraten haben keine Ursache, diesem mit bemerkenswerther Sachkenntniß und Ehrlichkeit ausgerichteten Hosprediger mit Bezug auf das, was er über den unvermeidlichen Zusammenbruch des Protestantismus sagt, zu widersprechen. Gleichzeitig können wir ihm aber mit erfreulichster Gewißheit die Versicherung geben, daß die ungeheure Mehrheit der Kulturvölker, so bald sie nur in allen ihren Schichten von der Sozialdemokratie über ihre Interessen unterrichtet und zu schärferem Denken erzogen sein wird, sei es bei der politischen und Berufsthätigkeit, sei es durch Jugendbildung, wahrhaftig nicht lange schwanken und sich nicht für Rom entscheiden wird, wenn es die Wahl gilt: entweder sich Rom wieder — wie vor der Reformation — zu unterwerfen oder den verknöcherten Protestantismus aufzugeben und sich zu freieren Anschauungen zu erheben.

## Soziales und Partei-Leben.

Eine Konferenz der Werftarbeiter ist zum Freitag, den 3. April, nach Bremen einberufen, zwecks Gründung eines deutschen Werftarbeiter-Verbandes. Von jedem Verein sollen drei Delegirte entsandt werden, und die Konferenz würde über ein Zentralstatut zu berathen haben. In Bremerhaven hat sich ein Werftarbeiterverein gebildet, der bereits 160 Mitglieder zählt. Unter Mitwirkung von Vertretern Bremen und Segeßack wurde in einer Versammlung die Einberufung der Konferenz beschlossen, zu der auch die Hamburger eingeladen sind.

Die Berliner Bau- und Mürtelträger (ungelehrte Bauarbeiter) wollen in eine Lohnbewegung eintreten, als deren Basis die Forderung eines festen Lohns dienen soll. Dieser verlangt für das Tragen von 1000 Steinen nebst dem dazu gehörigen Mauermürtel bis zu 10 Mk. 25 Pfg. oder einen Durchschnittslohn für den

Durchreise hier, mein Weg geht nach Paris zur Auslieferung. Und was ich Ihnen vornehmlich sagen wollte: Kommen Sie mit, besteigen wir miteinander den Eiffelturm.“

„Und das nennt der Mensch eine Antwort auf meinen Einfiedlerbrief! Ich soll in das Gegentheil aller Einsamkeit — eine Weltausstellung! Es ist das das unerhörteste Ansinnen, das je einem stillen Rosenzüchter und Thierfreund gestellt wurde. Mein Graugrau würde sich ja die Schwindsucht angären, wenn ich ihn verliese.“

„Nehmen wir Graugrau, das ist wohl ein Papagei? auch mit, wenn Sie wollen. Bumpus — grüß' Gott, Alter. . . darf ich ihm diesen Knochen geben? — würde doch gleichfalls von der Parthie sein. Ernstlich: es wäre mir so anregend gewesen, mit einem kongenialen Freunde. . .“

„Dreihundert Meter Filigraneisen zu erklimmen? Nicht mit vier Nilpferden brächte man mich jetzt fort von hier. Sehen Sie denn nicht ein? — noch bin ich nicht zwei Monate in meinem neuen Besitz — sehen Sie nicht ein, daß ich und mein Häuschen jetzt in den schönsten Flitterwochen schwelgen, daß uns voneinander zu reißen eine Grausamkeit wäre?“

„Eigentlich war ich auf diesen abschlägigen Bescheid so ziemlich gefaßt, darum hatte ich mich auch darauf eingerichtet, ein paar Tage Ihr Gast zu sein. Denn genießen will ich Sie ein wenig, ehe ich mich in den Pariser Strudel stürze, dann wird's doch keine ruhige, vernünftige Minute mehr geben, und mit Ihnen läßt es sich so schön vernünftig sein.“

„Dann müssen Sie aber auch aufhören, mir in einem Athem die tollsten Vorschläge zu machen: heirathen, abreisen. . .“

„Sie thun ja doch keines von beiden.“

„Zum Heirathen wäre ich auch schon zu alt.“

## Im Berghause.

Novelle von Bertha v. Suttner.

(4. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Ja, sehen Sie, mein lieber Trahlen, das ist der Vorzug, den so ein mitten in Wald und Feld gelegenes Landhäuschen vor Eueren großen, prunkumgebeneu Schlössern hat. . . . Dort duftet es nur nach Pflanz-Platz und nach Tagesshaden. — Jetzt werden Sie aber — es ist bereits 1 Uhr — ein Gabelfrühstück brauchen? Das meine ist leider schon vorüber — aber es soll gleich. . .“

Er wollte klingeln, aber da kam Frau Müller herein und meldete:

„Ich habe in die Veranda ein Frühstück bringen lassen.“

„Ah, bravo! Kommen Sie, Trahlen, jetzt sollen Sie gestärkt werden und dabei von meinem gemüthlichen Verandapläßchen aus noch mehr frische Landluft einathmen als von hier. Sie sind doch hoffentlich auch bei Appetit?“

„Bei wolfschem. . . ganz rasend! Ich habe seit 7 Uhr früh keinen Bissen genommen. . . . Das war ja wieder die freundliche Dame, welche da mit ihrer frohen Botenschaft erschien und gleich wieder verschwunden ist. Ihre Haushälterin doch nicht?“

„Doch! Wer sonst?“

„Wirklich? Ich hatte sie für etwas Bornehmeres gehalten. . . . Mir wäre es eigentlich unangenehm, eine Dienerin zu haben, die so ladylike ist, das würde mir immer den Wunsch erwecken, ihr Dienste zu leisten.“

„Diesen peinlichen Eindruck hatte ich auch. . . . Sie ist erst seit einigen Tagen in meinem Hause. . . . Zum Glück hält sie sich fern von mir.“

Die beiden Männer traten in die Veranda hinaus.

Auf dem Tische war ein appetitliches Frühstück hergerichtet: Butter, Käse, Rettige und in einem silbernen Schüsselchen eine Eierspeise.

„Das ist etwas farg ausgefallen für Jemand, der eingestandenemmaßen mit Wolfsbegierden raft,“ bemerkte Bolton. „Da muß gleich Verstärkung herbeigeschafft werden. He, Johann!“

„Warum nicht gar! Lassen Sie mich nur diese himmlische Omelette verschlingen, und die Kaserei wird sich gleich gelegt haben.“

Raum aber war die Omelette verzehrt, so kam der Bursche mit einer zweiten silbernen Schüssel daher, auf welcher ein mit „pommes soufflées“ umgebenes Kotelett prangte.

„Eine wahre Fee, diese Müller!“ hätte Bolton am liebsten ausgerufen; aber wohl wissend, daß es für einen Hausherrn sich nicht schickt, über die eigene erwiesene Gastlichkeit in Ekstase zu gerathen, unterdrückte er diese Kundgebung und machte ein Gesicht, als ginge ihn das Kotelett gar nichts an.

Desto jubelnder wurde das Gericht von dem Gaste empfangen.

„Für solche Himmelsgabe träufle Segen auf dies Haus bis in das vierte Glied. . . . Und apropos vierte Generation: gedenken Sie, immer ledig zu bleiben? Die Frage ist zwar an sich sehr indiskret, und der vorwurfsvolle Ton derselben von seiten eines sechszigjährigen Junggesellen ganz ungerechtfertigt, indessen. . .“

„Was besteht denn zwischen Ehe und Kotelett für ein Zusammenhang, daß Sie auf diese Idee verfallen?“

„O, ein unwiderstehlicher: häusliches Wohlfühlen, ehelicher Herd, Hunger und Liebe und noch verschiedene Associationen mehr. — Und nun zur Beantwortung Ihres Briefes, denn dazu bin ich ja eigentlich hergekommen.“

„Eigens dazu die Fahrt nach Oberösterreich?“

„Nicht so ganz. Denn Sie sehen mich auf der

ganzen Bau von 60 Pf.; die übrigen ungelerten Bauhilfsarbeiter (Wasserträger, Schuttaufräumer etc.) fordern 45 Pf. Minimalstundenlohn.

In Berlin legten 35 Kollwagenbegleiter des Berliner Speditorenvereins wegen nicht bewilligter Lohnforderungen die Arbeit nieder.

Der Streik der Berliner Schuhmacher scheint sich doch noch in die Länge ziehen zu sollen, da sich die Zahl der Firmen, bei denen Differenzen schweben, neuerdings vermehrt.

**Aus Kottbus.** Die Kommission der streikenden Textilarbeiter hat an das Ministerium des Innern die Bitte gerichtet, die für den Kottbusser Kreis zuständigen Behörden anzuweisen zu wollen, in dem Lohnkampfe ein objektives Einigungsverfahren zwischen den beiden Parteien einzuleiten. — Auf eine Erklärung der Spinner der Firma Engelmann u. Stephan hat das Komitee der Streikenden eine Gegenerklärung veröffentlicht, worin es u. A. heißt, „daß betreffende Spinner in der Erklärung unzutreffende Angaben machten, ob auf Veranlassung von irgend welcher Seite, wollen wir dahingestellt sein lassen. Durch glaubwürdige Zeugen können wir nachweisen, daß über 1/4 Jahr lang von früh 6 Uhr bis Abends 9 Uhr mit Abkürzung der üblichen Pausen auch von Frauen und Fabrikkindern gearbeitet wurde. Ja, es ist sogar das öfter von den betreffenden Frauen und Kindern in betreffender Fabrik genächtigt worden. Auf den Lohn der Spinner zurückzukommen, erklären wir, daß derselbe sich auf 20 Pfg. pro Stunde im Durchschnitt beläuft. Wenn jetzt die Spinner die Erklärung loslassen, so muß doch Jedem klar sein, daß sie das nicht aus eigener Initiative thun.“ Am Sonntag wurde in Kottbus wieder eine von Tausenden besuchte Versammlung abgehalten, wo der Vorsitzende des Textilarbeiter-Verbandes, Hübsch aus Berlin, das Referat hielt. Ueber die Stimmung unter den Ausständigen wird mitgeteilt: Die Masse beharrt ruhig und entschlossen auf ihren Forderungen und erklärt, lieber Kottbus den Rücken kehren zu wollen, als bedingungslos in die Fabriken zu gehen. Viele Unverheiratete und auch Verheiratete sind, das gute Wetter benutzend, abgereist. Viele andere werden in den nächsten Tagen diesem Beispiel folgen. Wir bitten die Genossen allerorts, den Kottbusser Abgereisten in ihrem Bemühen, Arbeit zu finden, behülflich zu sein! Montag wurde im Konzerthaus eine von Kottbusser Geschäftsleuten einberufene Versammlung abgehalten, wo man über die Frage verhandeln wollte, wie der Streik beizulegen sei.

**Apolba.** Der diesjährige, am 5. und 6. April tagende Kongreß der Textilarbeiter in Apolba wird u. A. über folgendes beraten: 1) Einführung der Arbeitslosen - Unterstützung; 2) Bildung eines Streifonds; 3) die Hausindustrie; 4) Einführung eines einheitlichen Lohn tariffs für mechanische Weberei in ganz Deutschland; 5) Gründung von Konsum- und Produktiv-Genossenschaften und 6) Forderung des weiblichen Fabrik-Inspektors.

**Adm.** Die hiesigen Stukateure haben die Arbeit eingestellt, da die Arbeitgeber den diesjährigen Lohn tarif nicht durch Unterschrift anerkennen wollen.

**Adm.** Der Streik auf der Eisensteingrube bei Gosenbach im Siegerland ist durch Bewilligung der Forderungen der Bergleute beendet worden.

**Mühlhausen i. G.** Seit Montag früh streiken in acht Fabriken der Textilbranche etwa 3000 Arbeiter. Weitere

Ausdehnung des Streiks steht bevor. Die Behörde verbietet Umzüge und Ansammlungen.

**Strafing.** Durch beiderseitige Nachgiebigkeit ist der Ausstand der Grubenarbeiter völlig beendet. Die gekündigten Belegschaften haben die Arbeit wieder aufgenommen.

## Aus Nah und Fern.

**Presz-Prozess.** In Nummer 1 der „Harber'schen Zukunft“ befaßte sich ein aus der Feder des Reichsgerichtsraths Dr. Stenglein hervorgegangener Artikel mit der Umsturzvorlage. Es wurde darin das Für und Wider bei diesem Ausnahmefesetz-Entwurf geltend gemacht und schließlich die Annahme einer solchen Gesetzesvorlage befürwortet. Reichsgerichtsrath Dr. Stenglein ging hierbei von dem Standpunkte aus, dem Strafrichter müsse eine schärfere Handhabe zur Abwehr von Sozialdemokratie und Anarchismus gegeben werden. Der Artikelschreiber stellte als empfehlenswerth hin, daß der Richter bei der Aburtheilung von Strafsachen die subjektive Seite mehr in den Vordergrund stellen müsse. Der Vertreter dieser Anschauungsweise war im Witzblatt „Ulf“ in humoristischer Weise angebildet worden. Das Gedicht, betitelt „Sang an Stenglein“, gelangte außer in mehreren bürgerlichen Blättern auch in der unteren 25. Dezember v. J. erschienenen „Thüringer Tribüne“ und im „Nordhäuser Volksblatt“ unverändert zum Ausdruck. Die Folge war ein Beleidigungsprozeß wider den Genossen Wiertelarz, welcher sich in dieser Sache vor der Strafkammer zu verantworten hatte. Der Staatsanwalt fand in dem Gedicht einen schweren Vorwurf gegen einen Beamten des höchsten Gerichtshofes. Er werde darin der Aufforderung zur Parteilichkeit des Richterstandes bezichtigt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Wiertelarz 2 Monate, das Gericht erkennt auf 1 Monat Gefängnis.

Die Polizei soll sich nicht in privatrechtliche Verhältnisse mischen. Der die Polizeiverwaltung führende Bürgermeister einer Stadt hatte eine Ehefrau, welche von ihrem Manne getrennt lebte, verhindern wollte, während der Abwesenheit desselben aus der früheren Wohnung Möbel herauszuschaffen, und deshalb polizeiliche Siegel an den Eingängen der Wohnung anbringen lassen. Die Frau hatte diese Siegel abgerissen und einige Sachen, die nach ihrer Behauptung ihr persönliches Eigentum waren, herausgeschafft. Wegen unbefugter Beseitigung amtlicher Siegel auf Grund § 136 des Strafgesetzbuchs angeklagt, wurde sie vom Schöffengericht freigesprochen, von der Strafkammer des zuständigen Landgerichts aber zu einer Woche Gefängnis verurtheilt. Der § 136 des Strafgesetzbuchs lautet nämlich: „Wer unbefugt ein amtliches Siegel, welches von einer Behörde oder einem Beamten angelegt ist, um Sachen zu verschließen, zu bezeichnen oder in Verfall zu nehmen, vorsätzlich erbricht, abläßt oder beschädigt oder den durch ein solches Siegel bewirkten amtlichen Verschluss aufhebt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.“ Die Angeklagte erhob nunmehr Revision beim Kammergericht, welches unter Aufhebung der vorinstanzlichen Entscheidung auf Freisprechung erkannte. Nach den Entscheidungsgründen war das Eindringen der Angeklagten in die Wohnung ihres Ehemannes als eine strafbare Handlung nicht anzusehen; auch war sie, wenn die Polizei unter Ueberschreitung ihrer amtlichen Befugnisse Siegel an die Wohnung gelegt

besonders auffällige Zeitungs- und Revue-Artikel schickten sie einander gegenseitig zu und tauschten dann, meist schriftlich, ihre Meinungen und Eindrücke darüber aus. Ueberhaupt wurde ihr Verkehr mehr brieflich als persönlich gepflegt; in den zehn Jahren ihrer Bekanntschaft waren sie öfter geschieden als vereint gewesen, denn beide waren große Reisende vor dem Herrn; nur in relativ seltenen Fällen trafen sie sich am selben Ort, und dann sprachen sie sich gründlich über die Punkte aus, über welche sie vorher korrespondirt hatten. In den Zwischenräumen, die ihre Plauderstunden trennten, sammelte sich immer viel Stoff an, welcher durch das geschriebene Wort nicht erledigt worden war, oder auf den zurückzukommen ihnen besonderes Interesse bot.

Trahlen, der Ältere, war von den beiden eigentlich der mit dem Zeitgeist schneller und leidenschaftlicher Fortschreitende; Bolton war weniger radikal in seinen Ansichten, mißtrauisch gegen das Alerneueste und Allzeitliche. So kam es, daß immer Trahlen derjenige war, der von den litterarischen Erzeugnissen der Naturalisten, den wirtschaftspolitischen Werken der Sozialisten und philosophischen Arbeiten der modern-monistischen Schule zuerst Kenntniß nahm und Bolton davon Mittheilung machte. Dieser verhielt sich dann immer eine Zeit lang zweiseitig und ablehnend und kehrte seine etwas romantisch und metaphysisch angehauchten Doktrinen hervor, was auf den andern, indem er sie zu bekämpfen versuchte, großen Reiz ausübte. (Fortsetzung folgt.)

### Litterarisches.

Der Militarismus auf der Anklagebank. Stenographischer Bericht über die Schwurgerichtsverhandlung vom 29. Februar 1896 gegen den Redakteur der „Münchener Post“, Ed. Schmid, wegen Beleidigung der Offiziere und Unteroffiziere der bayerischen Armee.

64 Seiten. Preis 15 Pfg. Die Broschüre eignet sich vorzüglich zur Agitation in Stadt und Land. Sie ist auch ein schlagender Beweis für die Nothwendigkeit alle Preßvergehen den Schwurgerichten zu überweisen, sowie der mangelhaften Verpflegung der Soldaten abzuwehren.

hatte, zur Beseitigung der Siegel berechtigt, da die Polizei kein Recht habe, sich in privatrechtliche Verhältnisse zu mischen.

**Weil das Gericht den — Schädel verloren hatte,** mußte Montag die Verhandlung vor dem Schwurgericht am Landgericht II in Berlin vertagt werden. Drei Ziegeleiarbeiter sollten einen Kollegen durch Messerstiche in den Kopf getödtet haben, und da sich am Schädel des Verstorbenen ziemlich deutlich zeigte, was für Messer zur Anwendung gekommen waren, hatte man als Hauptbeweismaterial den Schädel abgefaßt und in Verwahrung genommen. Dieses Beweismittel war aber gestern absolut nicht zu finden, es mußte deshalb die Vertagung beschlossen werden.

**Zum Honorar in der Schule** giebt eine Berliner Lehrerin folgende Probe aus der Praxis: Eine Frau F. sandte am 26. Februar einen Entschuldigungszettel, welcher lautet: „Geehrtes Fräulein! Sie werden entschuldigen, daß meine Tochter Charlotte die Schule nicht besuchen konnte, da die letztere wegen Magenlebens das Bett hüten mußte.“

Eine etwas gelblich aussehende Dame will ihren Schülern den Begriff „verbreiherlich“ klar machen; sie nimmt eine recht verbreihliche Wiener an und fragt: „Wie sehe ich jetzt aus?“ Langes Schweigen. Endlich meldet sich ein Schüler und ruft: „Noch jelter!“

Ein Lehrer erhielt neulich folgendes originelle Schreiben: „Lieber Herr Lehrer! Als Unser Soñ heute Midag so späht aus die schuhle komt, da frache Ich Sie, wo das komt, das Sie so späht komt. Sie sagt, Sie hatte Nachsiezzen muß, weil Sie schühlich von Papiilon nich gewußt hatt. Hatten Sie Mir gefrocht, Ich hatte es auch nich gemerkt gefont, das Sie darum eine Halbturn hat Nachsiezzen hergeschickt. Das Wahr nich Recht. Wen meine Kinder dum sind, da kenne sie nich vor. Wenn Sie aber noch Mal vor solchen Unsinn Nachsiezzen lassen, so wurde ich gleich zum Herru Pastor gehn um Mal frachen, ob Sie darum um lone Kleinglete Nachsiezzen lassen dürfen. Ueber her leter, Häzliche Bekhe von Ihnen.“

Zum Schluß noch ein drastischer Entschuldigungszettel: „Geehrtes Fräulein ich muß die Agnes da mit entschuldigen, da sie die ganze Nacht wußte auf den Eimer weil sie beim Durchfall so sehr hat und jetzt immer noch so über den Leib klagt da ich ihr schwitzen lasse. Frau D.“

In einer entsetzlichen Lage befand sich ein Arbeiter auf der Grube „Henriette“ bei Sallgast (Finsterwalde). Der Kesselheizer Bunzel, ein Mann von 35 Jahren, warf Kohlen in den Feuergang und wurde hierbei durch eine nachrutschende Schicht mit in die Feuerung hineingerissen, zugleich aber auch so festgezwängt, daß es ihm unmöglich war, sich wieder loszumachen. Bis an die Knöchel stand der Unglückliche in glühender Kohle. Trotzdem mehrere Kameraden im gleichen Raume beschäftigt waren, konnten diese in Folge des Stampfens der Maschinen die Hilfe Bunzel's nicht hören, und so mußte dieser fast eine Stunde lang Höllenqualen der entsetzlichsten Art erdulden. Als seine Situation ganz zufällig entdeckt wurde, waren seine Füße bereits bis an's Knie völlig weggebrannt, nur noch ein Paar Knochenstümpfe von den Beinen waren übrig. Man schaffte den Bewußtlosen sofort nach dem Knappschafftskrankenhaus „Bergmannstrass“ in Halle, wo ihm beide Beine über dem Knie amputirt werden mußten. Ob er mit dem Leben davontommen wird, ist noch sehr fraglich.

**Aus Karlsruhe** wird der „Frankf. Btg.“ geschrieben: Der „Badische Landesbote“ meldet eine Skandalgeschichte, deren Held der Redakteur der „Badischen Landeszeitung“ und der „Nationalliberalen Badischen Korrespondenz“ Namens Flach ist. Derselbe stand in einer von ihm begonnenen Zeitungsfehde mit dem „Heidelberger Tageblatt“, dessen Redakteur Professor Dr. Koch ist, der an der dortigen Universität gleichzeitig Geschichte doziert. Als Koch in seinem Blatte auf die Anzuspungen Flach's antwortete, reiste Flach nach Heidelberg und ohrfeigte den Professor Dr. Koch in dessen Wohnung. Es ist dies derselbe Flach, der seinerzeit die Verleumdungen gegen den Abgeordneten Dresbach in der „Badischen Landesztg.“ verbreitete.

**Budapest.** Bei Ankunft der in Agram (Kroatien) aus der Haft entlassenen Studenten, die wegen des Verbrennens einer ungarischen Fahne gefesselt hatten, kam es zu stürmischen Ausbrüchen. Als die Polizei die etwa 5000 Köpfe zählende Zuschauermenge auseinander treiben wollte, entspann sich ein förmlicher Straßenkampf. Die Polizei ging „schneidig“ mit scharfer Waffe vor, das Volk erwiderte mit Schüssen, zwei Gendarmen wurden niedergestochen, eine große Anzahl Personen theils schwer, theils leicht verletzt. Die kroatischen Bewohner Ungarns leiden unter dem Druck des herrschenden Magyarenthums.

Ein heiterer Zwischenfall ereignete sich am Sonnabend in der italienischen Kammer, worüber berichtet wird: Nachdem in der Folge Caballotti unter großer Aufmerksamkeit gesprochen und vorläufig sein Vertrauen zum Kabinett ausgedrückt hatte, ward die Kammer der Schaulplatz einer so komischen Szene, daß sich das hohe Haus 5 Minuten lang vor Lachen die verehrlichen Bäuche hielt. Auf einmal tauchte nämlich beim Ministertische eine große graue Angorafazze auf, die sich mit Grandezza neben dem Marschese di Rudini niederließ. Kammer und Tribünen brachen in ein wiehernendes Gelächter aus. Man schreit ironisch „Miau, miau!“ Parlamentsdiener machen auf das interessante Vieh Jagd, während die Sitzung wiederum unterbrochen wird. Gelassen tritt Hinz unter fortwährendem Miaugeschrei der Tribünen seinen Rückzug an, ohne daß es den Häschern gelänge, seiner habhaft zu werden. Erst dem Sozialisten Agnini gelingt es, Hinz zu arretiren, und er setzt ihn unter dröhnendem Beifall an die Luft, worauf die Sitzung wieder aufgenommen wird.